

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT Muss Deutschland den Süden Europas sanieren?

Josef Joffe

Es ist richtig, dass meine Überschüsse deine Defizite sind. Aber folgt daraus, dass das Exportwunderland Deutschland schuld sei am Schicksal der von der Staatspleite bedrohten PIIGS-Länder Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien? Dieser Vorwurf ist das neue Mantra, das von Paris über London bis Washington erklingt. Zum Wochenbeginn heizte es die Diskussion selbst in Sankt Petersburg an, bei einer Konferenz des Global Business Policy Council (Washington).

Nach kurzem Blick auf die Fakten müsste auch der schärfste Deutschlandkritiker erkennen, auf wessen Schultern die Bürde der Reform liegt. Die deutschen Exportüberschüsse sind bloß das Symptom. Die Ursache liegt beim starken Anstieg der Lohnstückkosten zwischen 2001 und 2009, die in Griechenland um ein Drittel zulegten, in Italien um 30 Prozent, in Spanien um 28 Prozent und in Deutschland nur um sechs Prozent. Logisch, dass die Leistungsbilanz ins Minus drehte. In Spanien und Griechenland hat sich das Defizit von 2000 bis 2007 verdoppelt. Logisch auch, dass die Inflationsrate von den Löhnen getrieben wurde und die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder drückte. So war das Desaster nur noch eine Frage der Zeit.

Vor dem Euro konnten die Länder

ihre Schwächen im internationalen Wettbewerb kaschieren, indem sie immer etwas schneller abwerteten, als sie inflationierten. So konnten sie ihre Exportpreise in ausländischer Währung halten. Dieses Schlupfloch war in dem Moment perdu, als sie in der Währungsunion aufgingen. Jetzt schlägt die Inflation voll auf die Exportpreise durch.

Ganz anders verhielten sich die Deutschen, die im abgelaufenen Jahrzehnt ihre Arbeitsmärkte flexibilisierten und im Vergleich zu Ländern wie Griechenland fiskalische Disziplin einhielten. Die Löhne sind nicht schneller als die Produktivität gestiegen. Der Staat hat seinen Anteil am BIP im letzten Jahrfünft (vor dem Konjunkturpaket) kaum erhöht. Die Iren waren die schlimmsten Sünder. Sie jagten die Staatsquote um 15 Prozentpunkte hoch, gefolgt von den anderen, die bis zu 7,5 Prozentpunkte zulegten.

Die Griechen mögen im Moment aus der Schusslinie der Märkte sein. Dafür zielen die jetzt auf Spanien, das zwar bei der Staatsschuld noch unter dem zulässigen Maastricht-Wert liegt, aber hohe Auslandsschulden hat. Spanien hat in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht: Dank des Euros konnten die Spanier plötzlich niedrige Zinsen genießen. Die Folge war ein Immobilienboom, der seinesgleichen sucht. Auf dem Höhepunkt machte der Beitrag des

Baus 17 Prozent des BIP aus. Im Vergleich dazu war die US-Immobilienblase mit weniger als der Hälfte ein kleiner Ballon. Zugleich zogen die Löhne rapide an.

Die Folgen waren wie aus dem Lehrbuch: Derweil bis 2008 die deutschen Exporte um 14 Prozent stiegen, fielen sie um drei Prozent in Spanien. Wer also muss sich anpassen? Sollen die Deutschen ihre Wettbewerbsfähigkeit gezielt abbauen - etwa durch noch mehr Staatsausgaben?

Umgekehrt muss es sein, und dahin zielt auch die neue Wirtschaftspolitik Spaniens und der anderen. Sie wollen ihre Lohnstückkosten zurückfahren, den Immobilienmarkt dauerhaft abkühlen. Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert und die geschwächten, politisch abhängigen Sparkassen werden zu größeren Gruppen fusioniert. Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zur Sanierung der Wirtschaft. Euro-Land muss den Spaniern beide Daumen drücken. Denn einschneidende Marktreformen zur selben Zeit wie eine schmerzliche fiskalische Austerität - das sind zwei anspruchsvolle Operationen auf einmal.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow am Stanford Institute. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com